

Erwin Teufel: Eine Lanze für die Subsidiarität in der EU

Der mit dem Mérite Européen geehrte Ministerpräsident a. D. Erwin Teufel machte in seinem Essay **EUROPA VOM KOPF AUF DIE FÜSSE STELLEN** darauf aufmerksam, dass heute in Deutschland Zustimmung zur Europäischen Union und Ablehnung gleichermaßen anzutreffen seien.

Er führte aus: „Die stabile und mehrheitliche Zustimmung beruht auf der europäischen Geschichte. Seit dem großen Frieden in Europa, der den Dreißigjährigen Krieg beendet hat, dem Frieden von Münster und Osnabrück, (...) hat es in Europa nicht weniger als 48 Kriege gegeben. Jede Nachkriegszeit wurde auch wieder zur Vorkriegszeit. Im 20. Jahrhundert wurden die europäischen Kriege zu Weltkriegen mit über 14 Millionen Toten im Ersten Weltkrieg und über 50 Millionen Toten im Zweiten Weltkrieg. Nach der Zerstörung der Städte, nach Vertreibung und Flucht von Millionen Menschen aus ihrer angestammten Heimat, nach der geistigen Verwüstung durch totalitäre Ideologien, kam es zur Besinnung der Überlebenden.“

Eine neue Politik sei eingeleitet worden und die USA hätten statt Reparationsforderungen mit dem Marshall-Plan geholfen, einen Neubeginn zu ermöglichen, so dass über die Europäische Gemeinschaft von Kohle und Stahl, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft schließlich die Europäische Union (EU) entstanden sei, der jetzt 28 Staaten angehören.

Weiter sagt Teufel: „Europa ist vor jeder Wirtschaftsgemeinschaft zuerst Friedensgemeinschaft. Die jungen Menschen in Europa verbringen nicht mehr die besten Jahre ihres Lebens im Krieg, sondern die können die besten Jahre für ihre Ausbildung, für das Studium, für den Aufbau einer beruflichen Existenz, für die Gründung einer Familie aktiv gestalten. Jede und jeder kann mehr aus seinem Leben machen. Europa und das Bündnis mit den Vereinigten Staaten von Amerika haben dies ermöglicht. Wir haben offene Grenzen für Menschen, für den Wissensaustausch, für Waren und Dienstleistungen, für Urlaub und kulturelle Vielfalt. Deshalb ist jeder, der bei Verstand ist, auch Europäer.“

Die Ursachen für eine zunehmende Zahl von Bürgerinnen und Bürgern, die Europa ablehnend oder skeptisch gegenüber stehen, werde, so Teufel, einmal dadurch begründet, dass es sich um ein undemokratisches und undurchschaubares Gebilde in Brüssel handele, zum anderen durch die Eurokrise der letzten 5 Jahre und die dadurch entstandene Sorge, dass der Preis der Rettungsfonds letztlich dem Bürger auferlegt werde.

„Was ist die Lösung?“ fragt Erwin Teufel und schlägt Folgendes vor:

„Erstens die Herrschaft des Rechts und die Einhaltung von Verträgen und zweitens das „Subsidiaritätsprinzip“. (...) Am besten wäre eine Politische Union. Wenn sie nicht zustande kommt, müssen die Stabilitätskriterien (Anm.: 3% Höchstverschuldung eines Mitgliedstaates, gemessen am eigenen Bruttosozialprodukts; Höchstverschuldung von 60 des Bruttosozialprodukts) verbindlich sein und ihre Kontrolle darf nicht in die Zuständigkeit des Mitgliedstaates verbleiben, sondern auf die europäische Ebene verlagert werden.

Über die geltenden Stabilitätskriterien hinaus müssen weitere verbindliche und überwachte Regeln beschlossen werden:

- Keine Staatsfinanzierung durch die EZB
- Klare Rechtsregeln und Begrenzungen für die Target-Kredite

- Einführung eine Kapitalverkehrssteuer
- Starke Erhöhung der Eigenkapitalquote der Banken
- Einbeziehung der Staatsanleihen in die Unterlegungspflicht der Banken mit Eigenkapital
- Mithaftung der Manager für Verluste und nicht nur Boni für Gewinne
- Vermeidung von Kapitalverkehr jenseits der Realwirtschaft (Vermeidung der Zockerei)
- Klarer Rechtsrahmen für den Wettbewerb in einer Sozialen Marktwirtschaft durch die Parlamente. Der Wettbewerb braucht einen Rechtsrahmen. Märkte brauchen Regeln, erst recht Kapitalmärkte.

Derzeit ist in vielen Länderregierungen der Mitgliedstaaten der Eurozone der Wille zu diesen Regelungen erlahmt. Viele sagen oder hoffen, die Eurokrise sei überwunden. Das ist nur in Ansätzen der Fall und die Krise kann sich jederzeit wieder verstärken und ihre Auswirkungen belasten noch viele Jahre die Mitgliedstaaten und ihre Bürger. Deshalb muss jetzt alles getan werden, um das Schwelen der Krise einzudämmen und einen Neuausbruch zu verhindern.“

Breiten Raum nimmt Teufels Beschreibung des Subsidiaritätsprinzips ein, das er für die Lösung fast aller Probleme der Europäischen Union betrachtet. Er sagt, dass es ein Zuständigkeitsprinzip sei, das den Vorrang der je kleineren Einheit will. So sei nach dem Subsidiaritätsprinzip die erste und wichtigste Entscheidungsebene die Gemeinde, die Offenheit, Übersicht, Bürgernähe, Problemnähe und Beteiligung ermögliche.

Die nächste Ebene sei der Kreis, der Aufgaben übernehme, die über die Kraft der Gemeinde gehe, zum Beispiel Öffentlicher Nahverkehr, Kliniken, Berufsschulen, Abfallwirtschaft.

Für darüber hinausgehende Aufgaben sei das Land zuständig wie Bildungspolitik, Wissenschaftliche Lehre und Forschung, Innere Sicherheit durch eine leistungsfähige Polizei, eine unabhängige Gerichtsbarkeit, Strukturpolitik für leistungsschwächere Landesteile, Förderung der Existenzgründungen und des Mittelstandes, des Handwerks und der Landwirtschaft, von Kindergärten und Altenpflegeheimen einschließlich der Ausbildung von Erzieherinnen und Altenpflegerinnen. „Die Länder müssen Hilfe zur Selbsthilfe leisten und eine menschliche Gemeinschaft ermöglichen.“ betont er. Der Bund, so fährt er fort, dürfe den Ländern keine Aufgaben entziehen, die sie selbst leisten könnten. Unterstützung ja, aber keine Gängelung über den „Goldenen Zügel“ von Finanzzuweisungen, wie er es nennt. Dem Bund blieben genügend Aufgaben hinsichtlich all dessen was über die Kraft der Länder hinausgehe. Und nur was der Nationalstaat selbst nicht bewältigen könne, wären dann europäische Aufgaben: Fragen der Währungspolitik bei einer gemeinsamen Währung, gemeinsame Regeln für den Weltmarkt und den Weltfrieden, grenzüberschreitender Umweltschutz und Großforschungsprojekte nennt er als Beispiele. „Auf der anderen Seite können Hunderte von Aufgaben, die Europa in den letzten 50 Jahren zugewachsen sind und über deren Vereinheitlichung die Bürger mit dem Kopf schütteln, herunter gegeben werden. Nicht nur auf die Ebene des Nationalstaates, sondern auch auf Länderebene und die kommunale Ebene.“ Dadurch könnten und müssten die Politiker die Bürgerinnen und Bürger überzeugen, die dann Europa mittrügen.

Als erfahrener Politiker weiß Erwin Teufel natürlich, dass eine politische Ebene an ihren seit Jahren zugewachsenen Aufgaben hängt und niemand der an der Aufgabenerledigung arbeitet, seinen Arbeitsplatz verlieren möchte. Und Kompetenzen möchten weder die zuständigen Kommissare und das Europäische Parlament verlieren. Deshalb müssten andere Ebenen konkrete Vorschläge unterbreiten, beispielsweise der Rat der Regionen Europas, der Europäische Rat mit der Erfahrung der nationalen Regierungen und Minister, der Bundestag und der Bundesrat, die Länderparlamente, die Kommunalen Landesverbände, Landräte und

Bürgermeister. Die Verhandlungsführer der Mitgliedstaaten brauchten konkrete Vorschläge und sie müssten sie auch durchsetzen, weil nur dann der Übertrag wichtiger Aufgaben nach Europa gelänge. Er warnt davor dass Europa in Routine erstarre und immer mehr Europäer verärgere, weil es sich mit Detailregelungen der Vereinheitlichung lächerlich mache.

Erwin Teufel schließt seinen bemerkenswerten Beitrag:

„Wir brauchen eine neue Dynamik für die wirklich wichtigen Aufgaben Europas und wir brauchen die Überzeugung der europäischen Bürger. Wichtige Erfolge der Europäischen Union in den letzten Jahren sind nicht ein für immer gesicherter Besitz, sondern sie müssen in jeder Generation neu erworben werden. Europa muss im Interesse seiner Bürger ein leistungsfähiger Partner in einer Welt bleiben, die immer mehr zusammenwächst und voneinander abhängig ist. Das ermöglicht die Wiederentdeckung und Durchsetzung des Subsidiaritätsprinzips. Soviel Einheit wie nötig und soviel Vielfalt und Eigenart der Kulturen wie nur möglich.“

Überschrift und kommentierende Zusammenfassung von Wolfgang Gebel